

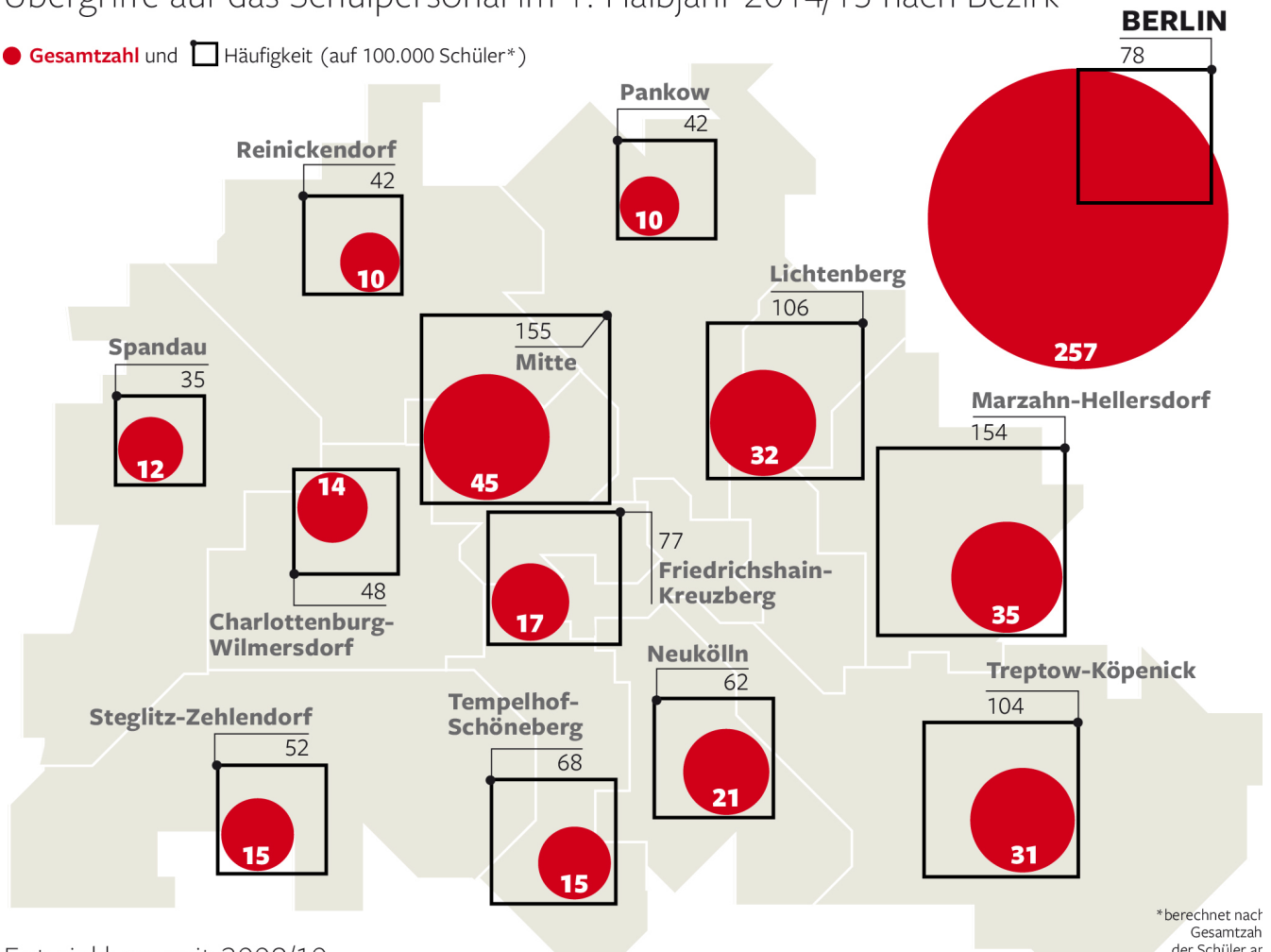
STATISTIK

25.06.2015, 10:43

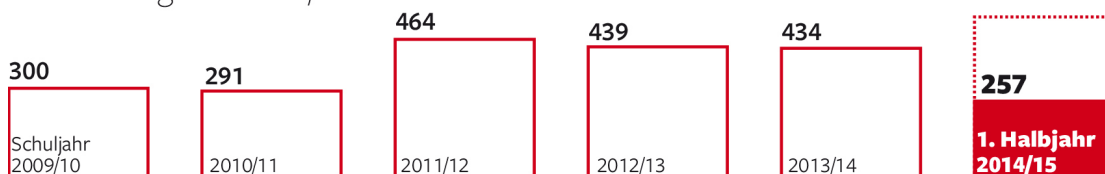
Mehr Übergriffe auf Lehrer an Berliner Schulen

Übergriffe auf das Schulpersonal im 1. Halbjahr 2014/15 nach Bezirk

● Gesamtzahl und □ Häufigkeit (auf 100.000 Schüler*)



Entwicklung seit 2009/10



*berechnet nach Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildender und privaten Schulen je Bezirk

Quelle: Abgeordnetenhaus Berlin, Amt für Statistik, eigene Berechnung

Grafik: ha

Von Florentine Anders

Die Zahlen der Gewalttaten an den Schulen liegen weiter auf hohem Niveau. Die meisten Fälle wurden zuletzt im Bezirk Mitte registriert.

Bedrohung, Raub oder schwere körperliche Angriffe gehören zum Alltag an Berliner Schulen. Allein in der ersten Hälfte dieses Schuljahres haben die Schulen der Senatsverwaltung für Bildung 1293 Gewaltvorfälle gemeldet. Im gesamten Schuljahr zuvor waren es 2792. Besonders bei den schweren Tatbeständen stagnieren die gemeldeten Fallzahlen seit Jahren auf gleichbleibend hohem Niveau. Und auch in diesem Schuljahr gibt es keine Entwarnung.

Das geht aus der Antwort der Bildungsverwaltung auf eine Anfrage des Abgeordneten Joschka Langenbrinck (SPD) hervor, die der Berliner Morgenpost vorliegt. Demnach meldeten die Schulen im ersten Halbjahr 236 Mal schwere körperliche Gewalt. 2013/2014 wurden insgesamt 511 solcher schweren Tatbestände gemeldet.

Eine Zunahme könnte es in der Jahresbilanz voraussichtlich bei den gewalttätigen Übergriffen auf Lehrer oder anderes Schulpersonal geben. Im ersten Halbjahr gab es 257 gemeldete Fälle, bei denen Mitarbeiter der Schule zu Opfern wurden. Im vergangenen Schuljahr waren es insgesamt 434 Fälle. Allein im Bezirk Mitte kam es im ersten Halbjahr schon 45 Mal zu Übergriffen auf das Schulpersonal. Damit liegt der Bezirk bei den absoluten Zahlen an der Spitze. Leicht rückläufig dagegen sind Gewaltdarstellungen auf Datenträgern wie Handys, Amokdrohungen im Internet oder auch Suizidankündigungen.

Grundschulen stark betroffen

Keine Entwarnung gibt es bei Mobbing sowie Bedrohungen und Beleidigungen. Bei diesen Tatbeständen liegt die Zahl auf dem Vorjahresniveau mit insgesamt 742 Meldungen. Die Dunkelziffer dürfte allerdings wesentlich höher sein, denn seit einigen Jahren sind die Schulen nicht mehr verpflichtet, solche weniger schwerwiegenden Vorfälle des Gefährdungsgrades I zu melden. Nur 304 Schulen haben im ersten Halbjahr laut Statistik überhaupt irgendwelche Vorfälle gemeldet. Das ist nicht einmal die Hälfte der 798 Schulen in Berlin. Dabei ist es höchst unwahrscheinlich, dass an den meisten Schulen weder Mobbing, Suchtmittelkonsum noch Vandalismus vorkommt.

Immerhin lässt sich in der Statistik aber eine Tendenz ablesen. Die zeigt beispielsweise, dass in diesem Schuljahr wie in den Jahren zuvor die meisten Täter männlich sind. Bei den geschädigten Opfern dagegen gibt es fast genauso viele Mädchen und Jungen. Auch eine Aufschlüsselung nach Schultypen hat die Bildungsverwaltung in der Antwort mitgeliefert, was im vergangenen Jahr noch nicht möglich war. Demnach gibt es das größte Gewaltproblem an Grundschulen. Allein von den schweren Tatbeständen vom Gefährdungsgrad II, wie etwa Körperverletzung oder Raub, gab es hier 273 gemeldete Vorfälle. Die meisten davon ereigneten sich an den Grundschulen in Lichtenberg (43), gefolgt von den Schulen in den Bezirken Neukölln (34), Mitte (32) und Marzahn-Hellersdorf (32). Die wenigsten schweren Delikte meldeten die Grundschulen in Spandau und Reinickendorf.

An den Sekundarschulen gab es laut Statistik mit 151 gemeldeten Fällen deutlich weniger schwere Gewalttaten als an den Grundschulen. Die wenigsten solcher Delikte kommen an Gymnasien vor. Nur 15 Gewaltvorfälle meldeten die Gymnasien bis zum Halbjahr. Tatbestände der Gefährdungsstufe III werden nur sehr selten registriert. So wurde zweimal Waffengebrauch angegeben und einmal ein Sprengsatz.

"Die vielen Fälle schwerer körperlicher Gewalt und Übergriffe auf Schulpersonal bleiben ein Alarmsignal. Wir brauchen eine Strategie, wie wir diese Vorfälle zurückdrängen," sagt Joschka Langenbrinck vom Arbeitskreis Bildung in der SPD-Fraktion. Der Arbeitskreis hat deshalb einen Forderungskatalog erarbeitet, der nach der Sommerpause in der Fraktion abgestimmt werden soll. Dazu gehört unter anderem, dass die Schulen wieder verpflichtet werden sollen, alle Gewaltvorfälle zu melden. Zudem soll die Bildungsverwaltung wieder den jährlichen ausführlichen Gewaltpräventionsbericht einführen, wie es ihn früher gab. "Wir brauchen ein realistisches Bild, um zu sehen, wie wirksam die Maßnahmen zur Prävention sind und wo genau sie eingesetzt werden müssen", sagt Langenbrinck. Weiter fordert der Arbeitskreis, an jeder Schule ein Team zur Konfliktbearbeitung einzusetzen, in dem Vertreter von Lehrern,

Eltern und Schülern mitarbeiten. Und Lehrer sollen im Umgang mit Aggressionen stärker fortgebildet werden.

Zu wenig Schulpsychologen

Die Bildungsverwaltung schaltet bei Schulen, die Gewaltvorfälle melden, automatisch die Schulpsychologie ein. Die Schulpsychologen kommen dann an die Schule, arbeiten mit den Tätern und Opfern und beraten die Lehrer.

"Wichtig ist es, die Lehrer, Erzieherinnen und Schüler zu trainieren, wie sie bei Provokationen oder aggressivem Verhalten deeskalieren können", sagt Klaus Seifried vom Berufsverband Deutscher Psychologen. Gerade bei der Gewalt gegen Lehrkräfte würden die Eltern auch eine große Rolle spielen. Wenn die Eltern gegen die Schule arbeiten, sei es schwierig, einen Konflikt zu entschärfen und die Schüler fühlen sich ermutigt. Dass Jungen eher durch extrovertiertes, provokatives Verhalten auffallen als Mädchen, hänge mit dem Rollenverständnis in der Gesellschaft zusammen. Aber es gibt genauso viele ängstliche und gehemmte Jungen wie Mädchen. "Im Unterricht muss viel Erziehungsarbeit geleistet werden", sagt Seifried. Dafür brauchen die Lehrkräfte Raum und Zeit. Eine Klassenlehrerstunde sollte im Stundenplan verankert und soziales Lernen ein fester Bestandteil des Schulprofils sein. Außerdem müsse es deutlich mehr Psychologen an Schulen geben. Denn Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Erzieherinnen brauchen mehr Unterstützung bei Konflikten und Gewaltvorfällen, bei Leistungs- und Verhaltensproblemen.

Nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sind die Schulpsychologen wegen des Personalmangels häufig überfordert. In Neukölln beispielsweise hätten die Schulpsychologen im Schuljahr 2014 weniger Fälle bearbeitet als von den Schulen tatsächlich gemeldet worden waren. Dabei bleibt ein Großteil der Gewaltvorfälle sogar im Verborgenen, weil Schüler Angst haben, darüber zu sprechen. In Berlin gibt es derzeit 84 Schulpsychologen für 430.000 Schüler. Würde Berlin den Empfehlungen der OECD folgen, müssten es doppelt so viele sein. Die GEW fordert deshalb, in einem ersten Schritt 25 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen im kommenden Doppelhaushalt einzuplanen.